

MEMORY IN A WORLD
TO BECOME

Erinnerungsarbeit in einer
mittelfristigen Zukunft

Workshop mit
ANUJAH FERNANDO

Der auf Deutsch abgehaltene Workshop widmete sich der Frage, wie sich die Erinnerungsarbeit zu Migration, Kolonialismus und Rassismus angesichts des zunehmenden rechtskonservativen Drucks für nationale Erinnerungsnarrative mittelfristig positionieren muss. Ziel war es, die von der Zivilgesellschaft über Jahre erkämpften Ansätze transnationaler Perspektiven und internationaler Netzwerke nicht aufzugeben. Die freischaffende Kulturwissenschaftlerin und Kuratorin Anujah Fernando eröffnete den Raum nach einer kurzen Selbstvorstellung für einen ersten Austausch in Kleingruppen, in denen die Teilnehmer*innen sich gegenseitig vorstellten. Dabei sollten sie insbesondere auf eine zentrale Ressource eingehen, die sie in die dekoloniale und antirassistische Erinnerungsarbeit und Erinnerungskämpfe einbringen können. Die aus Berlin, Hamburg, Hannover und München kommenden Teilnehmer*innen nannten sowohl sehr individuelle Fähigkeiten wie Empathie, ihre Netzwerke oder die Stärkung von Kindern und Jugendlichen als auch die starke Einbindung vieler in kulturellen, kulturfördernden und politischen Institutionen sowie zivilgesellschaftlichen Gruppen.

In der anschließenden großen Runde wurde die Frage erörtert, welche diskursiven und politischen Bedrohungen sowie Herausforderungen die Teilnehmenden aktuell für die Erinnerungsarbeit sehen. Dabei standen die bereits existierende oder drohende Unterfinanzierung der Arbeit und die an vielen Orten beschlossenen Kürzungen in der Kulturförderung stark im Fokus der meisten Wortmeldungen. Insbesondere die Produktion kritischen Wissens leidet unter den Kürzungen, gesetzlich vorgeschriebene Stellen für Gleichstellung und gegen Diskriminierung bleiben unbesetzt und beschlossene Gesetze können mangels finanzieller Ressourcen nicht umgesetzt werden. Hinter den Haushaltskonsolidierungen wurde auch ein konservativ-reaktionäres politisches Programm vermutet. Dies führte zu der Befürchtung, dass die Kürzungen auch innerhalb der eigenen Netzwerke den Kampf um Ressourcen verschärfen könnten. Die in den vergangenen Jahren erkämpften Fortschritte erscheinen somit prekär, und die persönlichen Bedrohungen verbaler und körperlicher

Art nehmen angesichts des wachsenden Rassismus und Antisemitismus zu. Neben diesen existenziellen Herausforderungen diskutierten die Teilnehmer*innen auch die Frage, ob durch die Schaffung von Erinnerungsorten und die Umbenennung

von Straßen eine Entpolitisierung der dekolonialen Erinnerungsarbeit stattfindet. Es besteht die Gefahr, dass diese Erinnerungsorte so zentral für die Erinnerungskultur werden, dass andere Formen weniger Beachtung finden.

In der folgenden Gesprächsrunde wurden die Fragen behandelt, an wen sich Erinnerungskultur überhaupt richtet, mit welchem Gegenüber wir es in der Erinnerungsarbeit zu tun haben und was uns in unserem Tun bestärken kann. Angesichts der begrenzten Zeit war die Diskussion der Ergebnisse zwar kurz, jedoch dennoch erkenntnisreich. Ohne eingehend zu klären, ob es überhaupt eine klare Unterscheidung zwischen Adressat*innen und Sender*innen in der Erinnerungskultur geben kann, betonten die Teilnehmer*innen, dass sich Erinnerungskultur an alle Menschen richtet – sowohl an die gegenwärtigen als auch an die zukünftigen Generationen, wenn nicht sogar an bereits Verstorbene. Durch das Verständnis und die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit können wertvolle Lektionen für unsere Zukunft gezogen und den Stimmen vergangener Generationen Gehör verschafft werden.

Bei der Auseinandersetzung mit der Frage, wer das Gegenüber dekolonialer Erinnerungsarbeit ist, erschien es zunächst wichtig zu betonen, dass dies nicht dasselbe ist wie die Vorstellung von *allies*. Verbündete Aktivist*innen und Organisationen der Zivilgesellschaft können als Verstärker fungieren, indem sie die Bedeutung der eigenen Anliegen unterstreichen oder eine intensivere Auseinandersetzung einfordern. Es bleibt entscheidend, die Macht von Institutionen der Erinnerungskultur zu nutzen, auch wenn dies oft mit Herausforderungen verbunden ist. Sich bewusst zu sein, wo Entscheidungen getroffen werden und wie man selbst Einfluss darauf nehmen kann, hilft bei der Realisierung eigener Projekte. Ebenso können der Kontakt zu Medien und eine effektive Lobbyarbeit von großer Bedeutung sein. In manchen Fällen können auch juristische Auseinandersetzungen die dekoloniale Erinnerungskultur voranbringen. Um die dekoloniale Erinnerungsarbeit zu stärken, sollte es keine Konkurrenz zwischen verschiedenen Aspekten der Erinnerungskultur geben. Vielmehr gilt es, gemeinsame Räume zu schaffen, in denen ein empathischer Umgang miteinander gepflegt wird. Dabei sollten transkulturelle, intersektionale und multiperspektivische Ansätze nicht nur in der dekolonialen und antirassistischen Erinnerungsarbeit, sondern grundlegend in der Bildung etabliert werden, um eine inklusive Gesellschaft zu fördern. Angesichts knapper Mittel und offensichtlich

politisch motivierter Kürzungen sahen viele Teilnehmende es als wichtig an, sich unabhängiger von staatlichen Mitteln zu machen. Der Aufbau und die Stärkung eigener autonomer Finanzierungsmodelle und (Infra-)Strukturen wurden als Möglichkeiten betrachtet, um konkrete Visionen langfristig umzusetzen. Dafür sind Bündnisse und die Institutionalisierung der unterschiedlichen Stimmen im Erinnerungsdiskurs in Verbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen notwendig.

Der Workshop verdeutlichte, dass die Entwicklung einer Erinnerungsarbeit für die mittelfristige Zukunft vor enormen Herausforderungen steht. Gleichzeitig trug der offene Austausch dazu bei, sich bundesweit und transnational stärker zu vernetzen und gemeinsame Strategien zu entwickeln, um die bereits existierende dekoloniale Erinnerungskultur weiter mit Leben zu füllen.

Bericht von Simon Goeke